



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

April 2016

Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts ...



Ostermarsch 2016: Kundgebung auf dem Carl-von Ossietzky-Platz (Foto: Reinhard Schwandt)

Weiter geht es mit dem Hamburger Fest der Befreiung am 7. Mai ab 16 Uhr in den Wallanlagen (s. S. 7)

Redaktionsschluss für die Mai-Ausgabe:
Dienstag, 03.05.2016

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Aus dem Vorstand	S. 2
Eine etwas andere Sicht	S. 3
Gegen nationale Obergrenzen ...	S. 4
8. Mai muss Feiertag werden!	S. 6
Fest der Befreiung	S. 7
Wahlnachlese	S. 8
St. Pauli Code	S. 10
Inseltourismus	S. 11
Gegen TTIP nach Hannover!	S. 11
Termine / Kontakt	S. 12

Aus dem Vorstand/Bericht von der BMV

Liebe Genossinnen und Genossen!
Liebe Freundinnen und Freunde!

Auch in diesem Monat darf ich Euch ganz herzliche Grüße von Eurem Bezirksvorstand ausrichten und einige (natürlich) rein subjektive Betrachtungen anstellen.

Welch ein erdrutschartiges Wahldebakel für DIE LINKE in Sachsen-Anhalt bei den Landtagswahlen 2016! Konnte die Partei dort im Jahre 2011 noch 23,7% der Stimmen an sich binden, reichte es am 13. März nur noch für 16,3%. Auch die all sonntäglichen Wahlprognosen für Hamburg sehen einen klaren Abwärtstrend unserer Partei. Die Gründe dafür sind sicherlich mannigfaltig – einen Hauptgrund meine ich aber in der politischen Ausrichtung der LINKEN erkannt zu haben, die teilweise den Parteinamen ad absurdum führt.

Stattdessen müssen wir gerade vor dem Hintergrund des Erstarkens der AfD klarer in der sozialen und auch der Friedensfrage auftreten, wollen wir nicht den guten Trend kritischeren Denkens und Handelns (z.B. NOlympia) der letzten Jahre nach rechts verlieren. Erfreulich ist, dass die Bundespartei und insbesondere Bernd Riexinger das versteht und umsetzt.

Im Landesverband Hamburg meine ich dagegen einen Trend ausgemacht zu haben, immer mehr in den bürgerlichen Mainstream abzudriften, unter der Maßgabe, unter allen Umständen (und mit allen Mitteln) zu arbeiten, um früher oder später an einer Regierung beteiligt werden zu wollen – koste es auch die Ideale, die der Gründung der LINKEN zu Grunde lagen...

Die Geschicke der „Rathaus-Fraktion“ werden gelenkt von einer Ex-Aktivistin der GRÜNEN/ Regenbogen (Heike Sudmann) und einer Ex-Genossin der SPD (Sabine Böddinghaus). Die Landesvorstandssitzungen werden teilweise moderiert vom Ex-SPD-Mitglied Carola Ensslen. Insofern wundert mich dann auch die tiefe Sehnsucht nach einer Machtbeteiligung nicht allzu sehr ...

Die Menschen (gern auch als Wählerinnen und Wähler betitelt) haben indes ein sehr genaues Gespür dafür, ob eine Partei die Gesellschaft voran bringen will oder nur dem reinen Selbstzweck verpflichtet ist. Hat die Hamburger LINKE in der Tat keine „Eigengewächse“, die Führungsrollen übernehmen können und wollen?!

Wahlen bestimmten auch die Bezirksmitgliederversammlung (BMV) am 31.03.

Als Prolog zur Wahl unserer Bundesdelegierten gab der Genosse und Weltbürger Harri Grünberg, der unter anderem Wolfgang Gehrcke in der Bundestagsfraktion zuarbeitet und bei CUBA SI aktiv

mitwirkt, einen tiefen Einblick in das linke Wirken in Lateinamerika, sowie die Defizite in der Unterstützung, speziell aus der deutschen LINKEN heraus. Außerdem beleuchtete er die international um Vorrherrschaft ringenden Akteure und betonte, dass aus seiner Sicht als imperialistisch dabei einzig die USA einzuschätzen seien. Das wurde kontrovers diskutiert, letztlich aber bestätigt, da imperiale Bestrebungen noch kein imperialistisches Land ergeben. Oder anders gesagt: David ist nicht gleich Goliath!

Dieser hoch interessante Redebeitrag lud zu einer offenen Diskussion ein, die wahrscheinlich jetzt noch andauern würde, hätten wir nicht unseren demokratischen Pflichten nachkommen müssen:

Bei unseren weiblichen Genossinnen wurde **Kerstin Fremder-Sauerbeck** in ihrem Amt als Bundesdelegierte bestätigt. Als Ersatzdelegierte steht ihr in der kommenden Wahlperiode **Nilüfer Aydin** mit Rat und Tat zur Seite.

Beiden unsere herzlichsten Glückwünsche!

Der bisherige Delegierte für den Bundesparteitag **Kristian Glaser** wird in der kommenden Amtsperiode der LINKEN Mitte als Vize zur Verfügung stehen.

Seinem Gegenkandidaten **Jürgen Olschok** reichte eine Stimme, um die vorgegebene Mindestquotierung von 50% zu überspringen und sich somit als Bundesdelegierter durchzusetzen. Glückwunsch!

Bemerkenswert und bedauerlich finde ich, dass viele Genoss(inn)en immer noch einer Wahl mehr Priorität zumessen, als sich aktiv in die Parteigestaltung einzuschalten. Nur so ist doch eine Teilnehmerzahl von zeitweise 50 Personen zu erklären...

Die nächste „volle Hütte“ erwarten wir dann am 30.04., wo dann die Wahl unserer Landesdelegierten angedacht ist, zu der wir natürlich schriftlich einladen werden.

Da jedes Mitglied berechtigt ist, als Landesdelegierte(r) zu kandidieren, regt der BeVo an, auf diese unsägliche und peinliche Prozedur der „Vorschlagungen“ zu verzichten und einfach in den BO's eine Liste der in Frage kommenden Genoss(inn)en zu erstellen. Das Ganze natürlich ohne Anspruch auf Vollständigkeit! Diese Liste könnt ihr uns im Vorwege gern zukommen lassen, damit wir ein gewisses Zeitfenster für die Wahl einplanen können.

Der Bezirksvorstand dankt für Eure Mitarbeit!

Mit kämpferischen Grüßen,
Frank Rinnert,
i.A. des Bezirksvorstandes

Ein etwas anderer Blick ...

Der Beitrag von Frank hat mich angeregt, auch mal meine Sicht der Dinge in die Tastatur zu hacken. Frank schreibt, er sähe den Landesverband im Abwärtstrend und führt das auf die Sozialdemokratisierung (auf der personellen Ebene) und die Regierungssehnsucht (in der Bürgerschaftsfraktion) zurück.

Das sehe ich anders. Ich kenne keine neuere Umfrage als die vom Januar, die uns immerhin bei 10% sah, nach 8,5 % bei der Bürgerschaftswahl vor einem guten Jahr. So schlecht ist das nicht, erschreckend sind aber die 13% für die AfD!

Als ehemaliges langjähriges SPD-Mitglied stoße ich mich natürlich an der pauschalen Vermutung, dass Leute wie ich von Regierungssehnsucht getrieben seien und linke Programmatik verwässerten. Trifft das dann auch auf die Ex-SPDlerin Dora Heyenn zu, die von einigen neuerdings so hoch auf den Sockel gehoben wird? Es ist doch unvermeidlich, dass eine neue linke Partei, die sich selbst als pluralistisch definiert, Menschen in ihren Reihen hat, die zuvor bereits anderen Organisationen angehört haben und sich mit guten Gründen entschieden haben, nunmehr in der LINKEN mitzuarbeiten – auf der Basis ihres Programms. Nicht alle können aus der Kadenschmiede Studentenverband kommen.

„Wir, demokratische Sozialistinnen und Sozialisten, demokratische Linke mit unterschiedlichen politischen Biografien, weltanschaulichen und religiösen Einflüssen, Frauen und Männer, Alte und Junge, Alteingesessene und Eingewanderte, Menschen mit und ohne Behinderungen, haben uns in einer neuen linken Partei zusammengeschlossen. Wir halten an dem Menschheitstraum fest, dass eine bessere Welt möglich ist. Wir sind und werden nicht wie jene Parteien, die sich devot den Wünschen der Wirtschaftsmächtigen unterwerfen und gerade deshalb kaum noch voneinander unterscheidbar sind.“ (Aus der Präambel des Parteiprogramms)

Und dann ist es erst einmal völlig egal, ob die vorige Organisation PDS, WASG, DKP, BWK, Grüne, Regenbogen oder eben SPD hieß. Entscheidend ist die gemeinsame Basis - und die heißt Erfurter Programm. Ein Unterschied ist es übrigens auch, ob mensch versucht, die ganz praktischen Konsequenzen aus dem Programm in die parlamentari-



Foto von der Webseite der Partei: Dafür steht DIE LINKE

sche Arbeit zu tragen, oder ob er/sie an der innerparteilichen Fortentwicklung dieser Programmatik arbeitet. Eine Bürgerschaftssitzung (oder eine Bezirksversammlungssitzung) ist kein Parteitag.

Die Menschen (Wählerinnen und Wähler) wollen eine Verbesserung ihrer Lage, das ist richtig. Ob sie aber die beste theoretische Begründung einer Forderung zu schätzen wissen, das lasse ich mal dahingestellt. Bündnisarbeit ist nach meiner Überzeugung nur möglich, wenn sie nicht „unter Führung der Partei“ stattfindet. Wir müssen bereit sein, um gemeinsamer Ziele willen auf die ideologisch lupenreine Herleitung jeder Forderung zu verzichten, wenn wir das berühmte Stück „wirklicher Bewegung“ (Marx) erreichen wollen. Wie viele Menschen würden wohl am 23.4. nach Hannover fahren, um gegen die neoliberalen Schweinereien des Kapitals zu protestieren, wenn nur DIE LINKE unter ideologisch einwandfreier Betonung des Anti-imperialismus dazu aufriefe?

Kurzum: Wir brauchen GenossInnen, die intensiv und grundsätzlich intern diskutieren, wir brauchen GenossInnen, die auf der Straße unsere Positionen „unters Volk“ bringen, auch wenn sie die Zeitung oder das Flugblatt nicht selbst verfasst haben und vielleicht nicht einmal in jeder Einzelheit gut finden und wir brauchen auch GenossInnen, die ihr Gesicht in den Parlamenten für die Partei zeigen und ihr auch damit eines geben. Und schließlich brauchen wir auch GenossInnen, die nichts davon tun, sondern die Partei nur einfach ideell im Bekannten- und Kollegenkreis und materiell durch ihren Parteibeitrag unterstützen.

Was wir überhaupt nicht brauchen, das sind GenossInnen, die die (interne) Debatte für den einzigen Zweck der Partei halten und ansonsten die absolute Wahrheit für sich gepachtet zu haben glauben.

Bernhard Stietz-Leipnitz

Gegen nationale Obergrenzen und Abschottung

Auf unserer Mitgliederversammlung am 31. März 2016 wurde die Behauptung aufgestellt, dass unser Landesprecher auf unserer Website einen Artikel veröffentlicht hätte, in dem er die Forderung aufgestellt hätte, dass die Flüchtenden in Lagern in der Türkei festgehalten werden sollen.

Dies ist falsch und deswegen halte ich es für sinnvoll, dass der Artikel im Original hier erscheint, sodass sich jede Genossin und jeder Genosse selbst eine Meinung bilden kann, ob dieser mit "Gegen nationale Obergrenzen und Abschottung" überschriebene Artikel - ob willentlich oder nicht mag jetzt einmal ruhig dahingestellt sein - für den innerparteilichen K2L ("Kampf zweier Linien") instrumentalisierbar ist oder nicht.

Martin Wittmaack

Die anhaltend hohe Zahl der nach Europa und Deutschland kommenden Schutzsuchenden belastet die politischen Kräfteverhältnisse erheblich. Im Zentrum des Konflikts: Die Skepsis und Ablehnung gegenüber dem Ankommen und Bleiben der Schutzsuchenden in der Bundesrepublik bei Teilen der Bevölkerung- und deren Verstärkung durch kommunale und regionale PolitikerInnen. Das hat zu einer Richtungsauseinandersetzung innerhalb des bürgerlichen Lagers geführt. Inzwischen herrscht dort ein offener Streit über die Möglichkeiten einer deutlichen Absenkung der Flüchtlingszahlen. Bundeskanzlerin Merkel, unterstützt durch das - trotz des wachsenden Widerstandes - anhaltende zivilgesellschaftliche Engagement vieler BürgerInnen, hält daran fest, dass Bürgerkriegsflüchtlinge willkommen sein sollen.

Sie geht davon aus, dass die Mehrheit der Wahlbevölkerung dieses Anliegen unterstützt: »Über 90 Prozent der deutschen Bevölkerung sagen nach wie vor: Wer vor Terror, Krieg und Verfolgung flieht, soll in Deutschland die Möglichkeit der Aufnahme und des Schutzes haben. Ich finde dies wunderbar.« Allerdings: Eine offensive Kommunikation für diese Politik findet nicht statt. Daher haben Teile der CDU/CSU mit ihrer Kritik großen Einfluss. Vor allem die CSU verbreitet im Bund mit dem konservativen Flügel der Schwesterpartei die Botschaft für »Flüchtlingsobergrenzen«. Sie wollen einen noch repressiveren Umgang mit den Schutzsuchenden, als der den die gerade verabschiedete »Reform« der Asylgesetzgebung eh schon vorsieht.

Die Belastung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, der vielen ehrenamtlichen HelferInnen und der Kommunen ist immens. Wie kann die Zahl der AsylbewerberInnen insgesamt gesteuert und geordnet werden? Weil die Belastungen die vor-

handenen Ungleichgewichte verstärken, wird verstärkt die Forderung nach Reduktion der Zahl der Schutzsuchenden erhoben. Dabei liegt das Hauptaugenmerk auf den Verhandlungen zwischen der EU und der Türkei. Ist eine nationale Obergrenze durch Maßnahmen der Abschottung an der Grenze durchsetzbar? Oder sind Abschottung und Nichtstun keine Option im 21. Jahrhundert?

In Deutschland und den meisten Mitgliedsländern Europas wird sich zunehmend auf die Errichtung von Hindernissen konzentriert, also auf die Errichtung von gesetzlichen Hürden. Der europäische Schengen-Raum garantiert eigentlich, dass EU-BürgerInnen zwischen den meisten Mitgliedstaaten in der Regel ohne Grenzkontrollen reisen können. Das System wird aber wegen der Einwanderungswelle immer brüchiger, weil die Außengrenzen so durchlässig sind wie nie zuvor, und weil daher auch die Verteilung der Schutzsuchenden in Europa ungesteuert verläuft.

Der EU-Ratspräsident Donald Tusk bringt die Krisenreaktion der herrschenden Politik auf den Punkt: »Ich verstehe, wenn Deutschland aus historischen Gründen Schwierigkeiten damit hat, ein strenges Regime an seinen Grenzen zu errichten ... Europäische Führungsverantwortung heißt für Deutschland auch, die Außengrenzen Europas notfalls energisch in einer paneuropäischen Einheit zu kontrollieren.«

Der Ruf danach, endlich den staatlichen Kontrollverlust zu beseitigen, führt in Deutschland und Europa zu immer stärkeren Verwerfungen im politischen System. Die bei Teilen der Bevölkerung sichtbare Skepsis und Ablehnung gegenüber dem Zustrom der Schutzsuchenden und deren Verstärkung durch kommunale und regionale PolitikerInnen schlägt sich in Richtungsauseinandersetzungen innerhalb der Zivilgesellschaft und innerhalb des politischen Feldes nieder.

Die politischen Gewichte verschieben sich im Parteiensystem nach rechts. Angesichts des Aufstiegs rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen wie Pegida oder der AfD) und des Machtzuwachses der rechten Flügel in den Volksparteien hat die politische Rhetorik von der Stärkung des Staates Hochkonjunktur. Die teils hilflosen Versuche, die Nationen aufzuwerten, reichen aber zu einer Stärkung der Sprengkraft für das europäische Projekt.

Die Bewegung der Schutzsuchenden Richtung Europa ist kein Naturereignis, sie war vorhersehbar. »Seit Jahren ertrinken Menschen auf der Flucht im Mittelmeer. Seit Jahren herrschen in Calais oder auf Lampedusa, in den Exklaven Melilla

und Ceuta Zustände, die jeglichem humanitären Wert in Europa Hohn sprechen. Und seit Jahren glaubte man in Europa, wegschauen zu können. Das hatte im Sommer ein Ende. (...) Ihre Flucht hatten sie längst angetreten, als die deutsche Bundeskanzlerin sich couragiert und in gewisser Weise politisch selbstlos der Ausnahmesituation stellte und Regeln außer Kraft setzte, die künftig wieder gelten sollen.« (Jacqueline Boysen in der Neuen Zürcher Zeitung vom 12.11.2015)

Es gibt – auch wenn man die Rolle der Bundeskanzlerin nicht überbewerten sollte – »Pull- oder Anziehungsfaktoren« für die große Bewegung der Zufluchtsuchenden. In der ganzen politischen Debatte der letzten Wochen bleiben die »Push-Faktoren« am Rande des öffentlichen Diskurses, werden die entscheidenden Ursachen für die große Bevölkerungsbewegung über das Mittelmeer ausgeblendet: Angesichts von langjährigem Krieg und Bürgerkrieg, sowie dem Zerfall von staatlichen Institutionen und der daraus resultierenden Zerstörung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses sind große Teile der betroffenen Bevölkerungen zu Binnenflüchtlingen und »displaced persons« geworden. Ihre Überlebenschancen in der Nähe der Konflikt- und Kriegsgebiete hängen an den Flüchtlingslagern der UN-Hilfsorganisationen.

Seit etlichen Monaten ist die Finanzierung dieser UN-Projekte zusammengebrochen. Die Wiederherstellung ausreichender Finanzen für die UN-Organisationen von UNHCR und Welthungerhilfe wird auch in diversen Maßnahmenpaketen von CDU/CSU und SPD übergangen, obwohl dies die humanitäre Situation in den Flüchtlingslagern rund um Syrien entscheidend verbessern und viele Schutzsuchende von gefährlichen Fluchtrouten über das Meer abhalten könnte. Sollten die dringend benötigten Maßnahmen nicht umgehend gesetzt werden, könnte dies den Verlust weiterer Menschenleben zur Folge haben.

Eine internationale Geberkonferenz hat nun unter der Teilnahme von Großbritannien und Deutschland eine deutliche Ausweitung der finanziellen Unterstützung zustande gebracht. Es könnte sein, dass Menschen sich nicht mehr gezwungen sehen, die gefährliche Flucht nach Europa anzutreten. In vielen europäischen Staaten dominiert verschärfte Abgrenzung gegenüber den Schutzsuchenden. Diese verschlimmert die humanitäre Krise und erhöht das Risiko von politischen Blockaden und Verwerfungen.

Fakt ist: Bund, Länder und Kommunen müssen zur Bewältigung der Flüchtlingskrise zunächst einmal Milliardenkosten stemmen. Die Kosten für die Versorgung der Flüchtlinge für das Jahr 2015 werden

auf rund 18 Mrd. Euro taxiert. Das war angesichts von Überschüssen in den öffentlichen Kassen »gut verkraftbar«. Es gibt allerdings enorme Verteilungsprobleme zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. In diesem Jahr werden die Kosten noch deutlich höher liegen. Je nach unterstellten Flüchtlingszahlen könnten auf Länder und Kommunen flüchtlingsbedingte Ausgaben von rund 20 Mrd. Euro zukommen. Angesichts dieser Größenordnungen ist es unverständlich, weshalb die EU-Mitgliedsstaaten zögern, die Mittel der UN-Hilfsorganisationen um einen zweistelligen Milliardenbetrag aufzustocken.

Eine wirksame Bekämpfung der Fluchtursachen bedeutet zunächst, das internationale Flüchtlingsregime der UN-Hilfsorganisationen zu stärken und in weiteren Schritten, durch diplomatische erwirkte Waffenstillstandsoperationen eine wirtschaftlich-soziale Rekonstruktion der Konfliktgebiete zu ermöglichen. In diesem Prozess müssen Maßnahmen zur Entmilitarisierung und der Aufbau von Friedensordnungen erfolgen: Das schließt freilich auch eine massive Veränderung der Politik der kapitalistischen Hauptländer ein. Die oft anzutreffende bloße Verurteilung des »Imperialismus« ist in meinen Augen kein realistischer Politikansatz.

Weil an den Ursachen der Fluchtbewegung nichts geändert und gleichzeitig bei der finanziellen Unterstützung von Kommunen und Bundesländern zu wenig getan wird (obwohl das in diesem reichen Land ohne Probleme möglich wäre), greift so eine Logik der Ausgrenzung. An deren Ende könnte eine andere Regierung- und die Schließung der Grenzen stehen.

Dieser Logik entzieht sich auch die Diskussion über Kontingente nicht. Sicherlich wäre es sehr erfreulich, und wird von der UNHCR schon lange gefordert, wenn sich die EU bereit erklärte, eine Mio. Flüchtlinge aufzunehmen, und sie per Flugzeug, Schiff etc. in die EU zu bringen. Damit würden den Schutzsuchenden gefährliche Fluchtwege erspart. Aber einmal abgesehen davon, dass ein solches Angebot seitens der EU aktuell nicht zu erwarten ist: Was passiert mit den Flüchtlingen, die über das Kontingent hinaus Schutz suchen? Die Antwort des Bundesinnenministers und seiner konservativen Freunde ist klar: Abschiebelager und Rückführung.

Mit den Drohungen der rechten Strömungen in der CDU/CSU wird die Politik in der Flüchtlingsfrage in eine politische Sackgasse hineingesteuert. Daraus ergibt sich dann die Losung, dass im Notfall auch auf Flüchtende geschossen werden kann. Wir sehen: So wird den rechten Populisten das Feld bereitet. Die Alternative zu Abschottung und Ausgrenzung liegt in einer konsequenten Stärkung der

UN-Hilfsorganisationen, der Stärkung von Ansätzen einer gesamt-europäischen Antwort sowohl auf die Fluchtbewegung und den Zusammenbruch der zivilgesellschaftlichen und staatlichen Ordnungen vor allem im Nahen Osten.

Ohne Zweifel ist Europa stark herausgefordert. Ohne einen solidarischen Notplan droht eine fundamentale Beschädigung der Staatenunion. Dieser Notplan umfasst drei Ziele: die Einigung auf eine freiwillige Quote zur Verteilung von Flüchtlingen in alle Staaten der Europäischen Union, die Registrierung von Flüchtlingen im ankommenden Land statt eines unkontrollierten Durchwinkens sowie der verbesserte Austausch von Informationen untereinander. Außerdem müssten die Registrierzentren, also die Hotspots, an den EU-Außengrenzen ausgebaut werden.

In diesem Konzept der humanitären Versorgung der Flüchtlinge muss viel größeres Gewicht auf die Verbesserung der Flüchtlingslager am Rande der Krisengebiete in Nahost gelegt werden. Die EU kann Flüchtlingslager für Millionen Menschen in der Türkei, Jordanien und im Libanon mitfinanzieren. In Absprache mit den internationalen Hilfsorganisationen und der UNHCR müssen die Unterbringung und Versorgung am Rande der Krisengebiete durchgreifend verbessert werden.

Dies macht weitere Schritte zu einer fairen Lastenverteilung in der EU nötig. Den EU-Institutionen ist es bislang nicht gelungen, über die kurzfristigen Maßnahmen hinaus ein Konzept zu erarbeiten, das ganz Europa aus seinem Krisenmodus herausführt und damit in die Lage versetzt, eine Integrationsleistung zu vollziehen, die nur mit der nach Ende des Zweiten Weltkrieges vergleichbar ist.

Fazit: Die Zufluchtsuchenden aufzunehmen und ihnen in Würde zu begegnen, ist eine notwendige, aber unzureichende Antwort. Die Verfolgung der »Menschenhändler«, die das Elend dieser Menschen ausnutzen, löst das Problem auch nicht. Erst recht nicht für jene Verzweifelten, die bereit sind, jeden Preis zu bezahlen, um ihrer Situation zu entkommen.

In vielen europäischen Mitgliedsländern verstärken sich die in den Bevölkerungen vorhandenen fremdenfeindlichen Ressentiments und befördern den Aufschwung der rechtspopulistischen und nationalistischen Parteien. Selbst in jenen Ländern, die die individuellen Rechte und Freiheiten – die »europäischen Werte« – hochhalten, fallen viele BürgerInnen und PolitikerInnen in ethnischen Nationalismus zurück. Und was darauf folgen kann, dazu gibt es bedrückende geschichtliche Erfahrungen.
Rainer Benecke

8. Mai 1945 : Befreiung Europas von Faschismus und Krieg

Am 8. Mai 1945 war nahezu ganz Europa von Faschismus und Krieg befreit. In Deutschland erlebten natürlich zunächst die überlebenden Verfolgten und Widerstandskämpfer und Widerstandskämpferinnen diesen Tag als Befreiung, aber auch wir alle, die wir heute leben, verdanken die Chance eines Lebens in Freiheit und Vielfalt den Siegern des 8. Mai. Die alliierten Streitkräfte, unter denen die Rote Armee mit Abstand die größte Last des Krieges in Europa zu tragen hatte, sind und bleiben auch unsere Befreier. Mit besonderer Dankbarkeit erinnern wir an den Beitrag, den der deutsche antifaschistische Widerstand in Deutschland und in der Emigration, als Teil von Partisanenverbänden und in den Streitkräften der Anti-Hitler-Koalition geleistet hat.

Unser Auftrag heute: Rassisten und Nazis entgegentreten!

Von der Ukraine über Ungarn und Polen bis zum Nord-Pas-de-Calais – Europa rückt nach rechts. Auch in Deutschland nimmt die extrem rechte und rassistische Mobilisierung Ausmaße an, die wir uns noch vor wenigen Jahren kaum vorstellen konnten. Woche für Woche tausende hasserfüllte Demonstrierende in Dresden und Erfurt, rassistische Hetze

und Gewaltandrohungen als Massenphänomen im Internet, eine Partei, die auf dieser Welle in die Parlamente reitet und deren Repräsentantinnen Schutz Suchende mit Waffengewalt am Grenzübertritt hindern wollen, terroristische Angriffe auf

In fast allen ehemals von Nazi-Deutschland besetzten Ländern wurden der 8. und/oder der 9. Mai gesetzliche Feiertage, das war auch in der DDR der Fall.
Wir fordern, dass der 8. Mai als Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg endlich auch in Deutschland ein gesetzlicher Feiertag wird.

Geflüchtete, ihre Unterkünfte und Unterstützerinnen und Unterstützer gehören inzwischen zum Alltag. Statt den rechtspopulistischen und neofaschistischen Umtrieben entschieden entgegenzutreten, glauben verantwortliche Politiker offensichtlich, sie durch Entgegenkommen und Übernahme ihrer Forderungen „neutralisieren“ zu können. Dies hat sich in unserer Geschichte bereits einmal als verhängnisvoller Fehler erwiesen.

Antifaschistinnen und Antifaschisten sind in der Pflicht, breite Teile der Gesellschaft zum Widerstand gegen RassistInnen und Nazis zu mobilisieren und den Widerstand zu organisieren, wo immer Nazis und RassistInnen ihren Hass, Hetze und Niedertracht in die Öffentlichkeit tragen.

Solidarität mit allen Geflüchteten organisieren!

Die Zahl der Flüchtlinge ist weltweit mit 60 Millionen auf einem Höchststand. Im Schatten des „freundlichen Gesichts“, mit dem die Bundeskanzlerin am 30. August die Grenzen öffnen ließ wurde inzwischen das Asylrecht zwei Mal weiter eingeschränkt. Nicht Fluchtursachen werden bekämpft, sondern Fluchtwege versperrt. Dazu werden Verfolgerstaaten aufgerüstet und das Mittelmeer militarisiert. Wir wissen, wer immer aus seiner Heimat flieht, hat Gründe, die auch mit deutscher Politik zu tun haben: Waffenexporte, die Jagd nach billigen Rohstoffen und Absatzmärkten tragen zur Zerstörung von Staaten und Lebensgrundlagen bei.

In der Tradition der befreiten Häftlinge des KZ Buchenwald kämpfen wir um die neue Welt des Friedens und der Freiheit, in der kein Mensch mehr über Wüsten und Meere vor Kriegen, Verfolgung und Hungertod flüchten muss. Wer heute hier Schutz sucht, hat das Recht auf unsere Solidarität. Deshalb treten wir ein für die gleichberechtigte Teilhabe aller, die in unserer Stadt leben: Wohnung, Bildung, Arbeit für alte und neue Hamburgerinnen und Hamburger sind Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben und solidarisches Miteinander.

Kriege stoppen!

Deutschland rüstet weiter auf und führt weiter Kriege. Neben dem völkerrechtswidrigen Eintritt in den „Krieg gegen den Terror“ in Syrien, der die ganze Region immer weiter destabilisiert, weitet die Bundeswehr ihren Einsatz in Mali aus. In Schulen, Berufsberatung und Jobcentern wird Nachwuchs für die Truppe rekrutiert. Nach wie vor werden Militärgüter in Krisenregionen geliefert, damit sich die Waffenproduktion für die Rüstungsindustrie richtig lohnt. Die Dämonisierung Russlands sehen wir mit Sorge.

Kriege lösen keine Probleme. Sie schaffen und vergrößern Hass, Leid und Not und sind Grundlage für den Terror, den sie angeblich bekämpfen.

Wir fordern den sofortigen Rückzug der Bundeswehr aus allen Einsatzgebieten und die Rückkehr zu den Beschränkungen des Grundgesetzes.

Wir fordern die Auflösung der NATO und die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa unter Einbeziehung Russlands.

Wir fordern das Verbot von Waffenexporten und die Umstellung von Rüstungs- auf zivile Produktion.

„Bündnis 8. Mai“

Bitte senden Sie/sendet die Unterstützungszusage an
VVN-BdA Hamburg: Mail - vvn-bda.hh@t-online.de

8. Mai 1945: Befreiung – Was sonst!?

Hamburger Fest der Befreiung

Sonnabend, 7. Mai 2016 ab 16.00 Uhr

Wallanlagen (Nähe U-Bahnhof „St. Pauli“ / gegenüber der Eislaufbahn)

Kulturprogramm mit Bands, Liedermacher*innen, für Jung und Alt, politische Informationen und Diskussionen zum Tag der Befreiung, mit Flüchtlingen und Friedensbewegten....

...dazu internationale Gäste und politische Beiträge, Infostände, Speisen, Getränke und Kinderprogramm.

www.fest-der-befreiung-hamburg.de

Wahlnachlese

Seit der Europawahl 2004 erscheinen in loser Folge zu Landtags-, Bundestags- oder Europawahlen »Wahlnachtberichte«, ein von der Rosa Luxemburg-Stiftung unterstütztes Projekt von Benjamin Immanuel Hoff und **Horst Kahrs**. Zum Wahlsonntag am 13. März kam erstmalig Andreas Stahl, ein Trierer angehender Sozialwissenschaftler dazu. Auf ihre bewährte Arbeit geht das Folgende im Großen und Ganzen zurück.

Die **Wahlbeteiligung** ist nicht zuletzt dank der Dominanz der bundespolitischen Auseinandersetzungen um Zuwanderungs- und Flüchtlingspolitik und der damit verbundenen Polarisierung in der Gesellschaft gestiegen, was bei rein landespolitisch geprägten Wahlkämpfen vermutlich nicht eingetreten wäre. In zugespitzter gesellschaftlicher Situation nicht ungewöhnlich, aber vielleicht, zumindest demokratiethoretisch, erfreulich! In Baden-Württemberg (B-W) um 4%, um 9% in Rheinland-Pfalz (R-P) und damit auf je ca. 70 %. Die zehnpromtente Steigerung in Sachsen-Anhalt (S-A) brachte dort wieder über 60% Wahlbeteiligung. Vorteile brachte die gestiegene Wahlbeteiligung für verschiedene Parteien. Fasst man die positiven Salden für alle drei Länder zusammen, so verteilten sich die vormaligen Nichtwähler wie folgt: AfD 46%, SPD 23%, CDU 13%, FDP 9%, Andere 8%, LINKE 2%.

Alle drei Regierungskoalitionen wurden abgewählt, wobei die Ministerpräsidentin und die Ministerpräsidenten – in unterschiedlicher Qualität – bestätigt wurden. Gewollt wird ein „kleiner“ Regierungswechsel, der aber schwer zu machen sein wird. Die Landtagswahlen haben das Parteiensystem auf Landesebene erneut verändert. Es sind neue Viel-Parteien-Parlamente entstanden. Bundespolitisch wird es also weitere Auflockerung auf der politischen Landkarte geben, denn diese „kleinen“ Regierungswechsel, also der Austausch einer der Regierungsparteien, wobei dies in der Regel den Verbleib der größeren Regierungspartei bedeutet, während der kleinere Partner ausgetauscht wird, sind Ergebnis der drei parallel stattgefundenen Landtagswahlen. Ein „kleiner Wechsel“ liegt jedoch auch dann vor, wenn die größere Regierungspartei des bisherigen kleineren Partners verlustig geht und allein weiter regieren kann. Das bestimmende Merkmal ist die Aufrechterhaltung der wesentlichen politischen Programmatik der betreffenden Regierung.

Schauen wir uns zwei Parteien näher an. Die **AfD** zählt zu den großen Gewinnern des Wahlabends und ist nunmehr in der Hälfte der Landtage vertreten. In Sachsen-Anhalt stellt sie

zukünftig die zweitstärkste Fraktion, in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz die drittstärkste.

Die Furcht vor der Ausbreitung des Islam und vor durch weitere Flüchtlingszuwanderung wachsende Kriminalität bilden sich in der Wahlmotivation ab. Die AfD bezog im Wahlkampf eine von den Bundestagsparteien klar unterschiedene Position, die deren Brandenburger Landespolitiker und ehemaliger hessischer CDU- Staatsekretär Alexander Gauland am Wahlabend wiederholte: „Wir wollen keine Flüchtlinge aufnehmen.“ (ARD, 13.03.2016, 18:27) Dieses Alleinstellungsmerkmal machte sicherlich einen Teil des Wahlerfolges aus. Ein anderer Teil erklärt sich durch ihre Attraktivität für alle Protestwähler: Wer AfD wählte, konnte sich sicher sein, alle anderen Parteien mächtig zu ärgern und zu Reaktionen zu zwingen. Die AfD repräsentiert eine bedeutsame gesellschaftspolitische Minderheit und wurzelt in einer traditionsorientierten, wertkonservativen Grundströmung der Gesellschaft, die durch die Veränderungen besonders in der CDU politisch heimatlos geworden ist. Insofern sind mit dem Wahlabend ihre Chancen gestiegen, sich auch nach Abklingen der Protestparteifunktion im Parteiensystem als 6-12%-Partei zu behaupten. Überdurchschnittlich stark schnitt sie unter männlichen und unter 45jährigen Wählern, unter Haupt- und Realschülern, Arbeitern und Arbeitslosen ab. Hier wurde sie teilweise sogar stärkste Partei. In R-P und S-A soll die Partei überwiegend wg. Forderungen und weniger wg. Denkkzettel an andere gewählt worden sein.

Dass die AfD in Sachsen-Anhalt aus dem Stand 15 Direktmandate gewinnen konnte und als zweitstärkste Kraft im Landtag vertreten ist, ist nicht wirklich überraschend, wenn man die Wahlergebnisse und das Wahlverhalten im Land über einen langen Zeitraum betrachtet, wie dies Hoff/Kahrs in ihren Wahlnachtberichten seit mehr als zehn Jahren tun. Zwar gab es auch in westdeutschen Landtagen seit Anfang der 1990er Jahre Wahlerfolge von rechtspopulistischen Parteien, wie z.B. der Schill-Partei in Hamburg, die Republikaner konnten sich rund zehn Jahre im Landtag Baden-Württemberg halten, aber in fast allen ostdeutschen Landtagen außer Thüringen bildeten über zehn Jahre vergleichsweise flächendeckend rechtsextreme Parteien wie die DVU oder die NPD, teilweise mit zweistelligen Ergebnissen gewählt, Fraktionen.

DIE LINKE hat ihre Wahlziele nicht erreicht. Verloren hat an diesem Wahlsonntag die gesamte Linkspartei – in allen drei Ländern.

Mit der Haltung für offene Grenzen für Menschen in Not und gegen Rassismus traten alle ihre Spitzenkandidatinnen und -kandidaten hervor, doch öffentlichkeitswirksam wurden aus Partei und Bundestagsfraktion auch andere Positionen vertreten. Die klassischen sozialen Themen spielten in diesem Wahlkampf nur in Gestalt von Etablierten-Vorbehalten gegenüber Fremden eine Rolle.

DIE LINKE kann zwar in den westdeutschen Ländern überdurchschnittliche Stimmanteile unter Arbeitslosen verzeichnen, doch liegen die Anteile weit unter vorherigen. In den westdeutschen Ländern erzielt sie deutlich überdurchschnittliche Anteile bei jüngeren Wahlberechtigten, in Ostdeutschland bei älteren. Betrachtet man den formalen Bildungsgrad, ist die LINKE in Ost wie West eher eine Partei der Abiturienten und Akademiker, insbesondere im Westen.

Sie verfehlt in **Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz** den Einzug in die Landtage deutlich. Allerdings gewinnt sie in einigen Städten Baden-Württembergs deutlich hinzu, z.B. in Freiburg von 4,6% auf 8,4%. Über 5% erreicht sie auch in Heidelberg, Stuttgart und Tübingen – kleine Achtungserfolge in einem Bundesland, dessen Wahlkreisfarben nun schwarz und grün mit zwei blauen AfD-Einsprengseln in Pforzheim und Mannheim sind. DIE LINKE verliert an andere Parteien im Saldo 28.000 Stimmen, 22.000 davon an die AfD. Sie gewinnt von anderen Parteien 19.000 Stimmen, darunter 13.000 von der SPD.

In **Rheinland-Pfalz** kann sich unsere Partei gegenüber den Europaparlaments-Wahlen etwa halten und gegenüber den LTW in 2011 gewinnt sie, wie in B-W gar mehr Wähler. DIE LINKE gewinnt 10.000 Stimmen von CDU und Grünen, verliert aber 14.000 Stimmen an andere Parteien, darunter 11.000 an die AfD.

In **Sachsen-Anhalt**, wo noch bis weit in den Herbst des vergangenen Jahres die Option eines Regierungswechsels zu rot-rot(-grün) mit den Händen zu greifen war, verliert die Linkspartei stark und fällt unter das Niveau von 1994! In Zahlen: >50.000 Stimmen gegenüber der letzten LTW und >10.000 gegenüber der BTW 2014!

Auch in Sachsen-Anhalt halbierte sich das Ergebnis für die SPD und sanken die Grünen ab. Aufgrund dieser verlorenen Stimmenanteile kann der

angestrebte Regierungswechsel nicht erreicht werden. Rot-rote oder Rot-rot-grüne Regierungsmehrheiten sind mit diesen Landtagswahlen stärker noch in die politische Ferne gerückt. Denn in allen drei Ländern haben die Parteien links von der Union verloren

Wulf Gallert, der in dieser Konstellation also nicht gewinnen konnte, stand und steht für rot-rot oder rot-rot-grün. Diese Option ist klar gescheitert und deshalb braucht es inhaltlich wie personell einen Neuanfang. Für ihn, von manchen als einer der klugen Köpfe in dieser Partei eingeschätzt, mag das tragisch sein, und viele im Land sind wohl geschockt, denn sie wollten, dass er die Auseinandersetzung mit der AfD weiter führt. Für die Landespartei stellt sich die Frage, wer in den künftig rauen politischen Verhältnissen im Landtag und auch außerhalb, die linke, demokratische Opposition zur ersten Schwarz-Rot-Grünen Koalition in Deutschland und in Auseinandersetzung zur rechtspopulistischen AfD wahrnehmbar repräsentieren wird. Bang sollte einem da erstmal nicht werden, anders als in Sachsen verfügt die Partei mit Oberbürgermeister/-innen, Landrät/-innen etc. über eine Verankerung im Land, die den seit 1990 weniger als in Sachsen betonierten politischen Verhältnissen geschuldet ist.

(zusammengestellt und kommentiert von Volker Honold, stark gekürzt von besel)

Leider zeichnen sich die von mir gelesenen Kommentare aus der Partei und von ihr nahestehenden KommentatorInnen zum Abschneiden der LINKEN vor allem dadurch aus, dass sie kein brauchbares strategisches „Rezept“ für den Ausweg aus der eigenen Niederlage, ebenso wenig ein solches gegen das weitere Erstarken der AfD vorschlagen. Klar ist immer nur, dass die eigene „Strömung“ alles richtig macht und die jeweils andere Schuld ist.

Hoffentlich merken das die WählerInnen nicht so genau, denn sie wollen Antworten. Schade, wenn scheinbar nur die AfD die zu geben vermag. Ein Ansatz scheint mir der zu sein, anhand von deren Programmwurf über die tatsächlich von der AfD vertretenen Inhalte aufzuklären (Michael Schlecht, abgedruckt in der Märzausgabe). Da gibt es auch Berührungspunkte z.B. zu attac und campact und damit Bündnisoptionen. besel

Der Plan für die Neubebauung des ESSO-Häuser Grundstücks

Beispiel für eine gelungene (und erkämpfte!) BürgerInnenbeteiligung



Die Häuser im März14 (Foto: -ena)

Seit vielen Jahren wollte die „Bayrische Hausbau“ anstelle der ESSO-Häuser am Spielbudenplatz ein dicht bebautes profitträchtiges Projekt durchziehen. Zustimmung im Stadtteil gab es dafür nie, schon gar nicht von der LINKEN. Leider ist es nicht gelungen, die Häuser zu erhalten (siehe diverse Berichte in früheren Ausgaben des Mitteilungsblattes), wohl aber die Beteiligung der AnwohnerInnen durchzusetzen. Zum Glück waren letztlich auch Bezirksverwaltung und Bezirkspolitik nicht bereit, dem Profitinteresse völlig freie Bahn zu gewähren

Wir dokumentieren hier den „St. Pauli-Code“, ein Ergebnis des PlanBuden-Prozesses im Vorfeld der Auslobung des Wettbewerbs für die Neubebauung des ESSO-Häuser Grundstücks. Mit materieller Unterstützung des Bezirks entstand unter sehr breiter BürgerInnenbeteiligung eine „Blaupause“ für die Neubebauung des Grundstücks, die im Stadtteil große Zustimmung fand und im Stadtplanungsausschuss von allen Parteien akzeptiert wurde. Sie wurde Bestandteil der Auslobung für den Architektenwettbewerb. Nun gilt es, das Wettbewerbsergebnis auf seine Übereinstimmung mit dem „Code“ zu überprüfen! Und vor allem einzufordern, dass der „Code“ bei allen neuen Bauvorhaben zu Grunde gelegt wird.

Möge dieser Prozess und sein Ergebnis NachahmerInnen anderswo im Bezirk finden, angepasst natürlich an die speziellen Gegebenheiten im Stadtteil – wir werden uns da ein bisschen einmischen.

„St. Pauli Code

Der Auslobung des städtebaulichen Wettbewerbs geht ein breiter und tiefer, öffentlicher und partizipativer Planungsprozess voraus. Im Auftrag des Bezirks Hamburg-Mitte hat die PlanBude gemein-

sam mit der Bevölkerung unter Einsatz künstlerischer und planerischer Mittel intensiv daran gearbeitet, den „St. Pauli Code“ zu knacken. Über 2000 Beiträge sind entstanden. Die Erwartung an die Planung ist hoch: Wie lässt sich in einem Neubau das fortsetzen, was St. Pauli speziell macht?

1. Unterschiedlichkeit statt Homogenität

St. Pauli ist ein Quartier, das sich durch unterschiedliche Lebensentwürfe, kulturelle Hintergründe, Gender-Orientierungen oder erotische Vorlieben, die vom Mainstream abweichen, auszeichnet. Dies tritt häufig auch sehr deutlich, symbolhaft und drastisch hervor, bestimmt Straßenzüge, Lokale und Fassaden - ganz anders als in der sonst diskret auftretenden Hansestadt.

2. Kleinteiligkeit

Kleinteiligkeit ermöglicht, dass solche unterschiedlichen Läden, Lokale und Begegnungsräume entstehen und trotz Widersprüchlichkeit dicht nebeneinander liegen, sich stapeln und miteinander kommunizieren.

3. Günstig statt teuer

Bis vor kurzem war St. Pauli der ärmste Stadtteil im Westen der Bundesrepublik. St. Pauli ist immer noch einer der ganz wenigen Stadtteile Hamburgs, wo sich unterschiedlichste Klassen begegnen - weil auch die Leute mit weniger Geld hier ausgehen - und wohnen. Auch die kulturelle Vielfalt konnte hier aufgrund günstiger Mieten für Läden und Wohnungen entstehen, durch die rasant steigenden Mieten ist dieses Gleichgewicht gefährdet. Das Viertel hat dadurch nicht nur Bewohner_innen verloren, sondern auch an Originalität.

4. Originalität und Toleranz

Persönlich geprägte Läden, hier Gewachsenes, Originales soll in die neuen Gebäude zurückkehren. Das gleiche gilt für die ehemaligen Mieter_innen der Wohnungen, wie auch für Leute, die aus St. Pauli verdrängt werden. Genau das was die Reeperbahn und den Kiez einst auszeichnete, verschwindet heute zusehends. Die Abweichung wird trivialisiert aufgeführt, aber seltener gelebt als früher.

5. Aneignung und Lebendigkeit

Gefragt sind schmuddeliger Glamour und Lebendigkeit: Angeeignete, plakatierte oder getaggte Wände, ein durch die Praxis der Bewohner_innen und Ladenbesitzer_innen geprägter Außenauftritt - statt designer Hochglanzfassaden. Die bisherige Investorenarchitektur der letzten 10 - 20 Jahre hat

es nicht geschafft, dass "St. Pauli" sich in diesen Gebäuden fortsetzt. Gefragt ist deswegen kein Retortendesign - sondern lebendiger Ausdruck.

6. Experiment und Subkultur

Die Reeperbahn kriegt schlechte Noten von den St. Paulianer_innen - zu vorformatiert, überraschungslos und eingeschränkt ist das Vergnügen. Direkt an der Reeperbahn fehlen Orte, an denen Kultur nicht nur aufgeführt - sondern neu erfunden wird. Experimente, Subkultur und Kulturproduktion statt einer vorgefertigten Trivialkultur sind gewünscht.

7. Freiraum ohne Konsumzwang

Neben diesen Experimenten werden auch öffentliche Orte gefordert, die zu Orten des Gemeinsa-

men, der Begegnung, des Austauschs und der Interaktion werden können ohne dass diese durch Konsumzwang eingeschränkt werden. Orte, an denen nichts "geboten" wird außer hohe Aufenthaltsqualität und eine anregende Umgebung sowohl für die Nachbarschaft wie auch die Besucher_innen.“

Kurzzusammenfassung des PlanBuden--- Prozesses:

<http://planbude.de/unsere-grundlage-die-ergebnisse-des-planbuden-prozesses/>

Ausführliche Infos zur PlanBude unter www.planbude.de

Pressematerial unter www.wuala.com/PlanBude/Pressematerial/

Die BO Wilhelmsburg/Veddel sucht das Gespräch

Der Sprung auf die Insel ist gar nicht so groß, wie mittlerweile bekannt. Den Sprung auf unsere Insel haben auf Einladung unserer BO in den letzten Monaten, Dora Heyenn, Sabine Boeddinghaus, Mehmit Yildiz, Rainer Benecke, Sabine Wils, Kristian Glaser und Gunhild Berdal wahrgenommen.

Wie man bei den eingeladenen Genossinnen und Genossen sieht, haben wir sie nicht nach einer politischen Strömung innerhalb unserer Partei ausgewählt und das war auch unsere Absicht.

Die Genossinnen und Genossen stellten sich den Fragen der BO-Mitglieder und so konnten wir uns

ein Bild über deren Arbeit bzw. ihre politischen Ansichten machen. Aus der einen oder anderen Frage entwickelte sich auch eine längere Diskussion, aber das war ja auch Sinn und Zweck dieser Einladungen.

Weitere Genossinnen und Genossen möchten in den nächsten Monaten ebenfalls den Sprung auf die Elbinsel wagen- sie sind jetzt schon herzlich willkommen!

Ronald Wilken

23. April: Obama und Merkel kommen: #TTIP& #CETAstoppen! - Für einen gerechten Welthandel!



Mit dem LINKEN Bus zur Kundgebung am 23. April nach Hannover

Am 23. April gehen wir in Hannover gemeinsam auf die Straße, um gegen undemokratische Freihandelsabkommen zu protestieren. Und das zu einem wichtigen Zeitpunkt: Wenn Obama und Merkel sich anlässlich der Hannover-Messe treffen, steht TTIP ganz oben auf ihrer Themenliste. Wir werden nicht zulassen, dass sie ihr Treffen zur TTIP-Werbeveranstaltung machen!

Jetzt den Aufruf unterzeichnen und Freundinnen und Freunde auf Facebook zur Veranstaltung einladen.

DIE LINKE bietet Busse von Hamburg nach Hannover an: Wer gemeinsam mit uns am Samstag, den 23. April, um 09:00 Uhr ab ZOB zur Kundgebung um 12:00 Uhr auf dem Opernplatz in Hannover fahren möchte, meldet sich bitte telefonisch unter Tel. 040 / 3 89 21 64 oder per Email: bus@die-linke-hamburg.de verbindlich an. Die Rückfahrt ist gegen 16:00 Uhr geplant. Spendenempfehlung: 15 €.

Termine in (und für) Mitte

Dienstag, 12.04., 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**
in den Räumen des
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

Dienstag, 12.04., 20:00 Uhr

Treffen der Finkenlinken,
turnusmäßig, gesonderte Einladung beachten!

Montag, 18.4., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Kita Falkennest, Öjendorfer Weg 32

Montag, 18.04., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 20.04., 19:00 Uhr

Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde
Büro Borgfelder Straße 83

Donnerstag, 21.04., 17.30 Uhr

Sitzung der **Bezirksversammlung HH Mitte**,
zu Beginn öffentliche Fragestunde
Sitzungssaal Klosterwall 4, 1. OG

Samstag, 23.04., 12 Uhr

Bündnis-Großdemo gegen TTIP
Hannover

Der **Landesverband stellt Bus(se)**, Anmeldung:
bus@die-linke-hamburg.de

Samstag, 30.04.

Bezirksmitgliederversammlung zur **Wahl der Landesdelegierten**
Einladung mit Ort und genauer Zeit erfolgt per Post

Mai 2016

Montag, 02.05., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 04.05., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Kita Falkennest, Öjendorfer Weg 32
(danach regelmäßig am 1. Mittwoch ...)

Mittwoch, 04.05., 19:00 Uhr

Treffen der Stadtteilgruppe St. Georg
Ort: Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Samstag, 07.05., ab 16 Uhr

Fest der Befreiung
Wallanlagen (U St. Pauli), siehe S. 7

Dienstag, 10.05. 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**
in den Räumen des
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

Dienstag, 10.05., 20:00 Uhr

Treffen der Finkenlinken,
turnusmäßig, gesonderte Einladung beachten!

Montag, 16.05., 19:00 Uhr (Pfingstmontag?)

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 18.05.16, 19:00 Uhr

Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde
Büro Borgfelder Straße 83

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der
Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Alexander Benthin		alexander.benthin@die-linke-hamburg-mitte.de
Jörg Günther		joerg.guenther@die-linke-hamburg-mitte.de
Jan-Peter Klöckner		jan-peter.kloeckner@die-linke-hamburg-mitte.de
Holger Knorr		holger.knorr@die-linke-hamburg-mitte.de
Heiko Laue		heiko.laue@die-linke-hamburg-mitte.de
Frank Rinnert, Schatzmeister		stakkato1966@gmx.de
Gesamtvorstand		info@die-linke-hamburg-mitte.de
<i>nachrichtlich:</i>		
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaefsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto

DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX